



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 28. April 2010

Bericht aus Berlin 06/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Drei Wochen vor der **Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen** hat sich die Stimmung eindeutig gegen Ministerpräsident Rüttgers und seine schwarz-gelbe Koalition gewendet. Die Menschen durchschauen seine Masche, nach außen soziale Betroffenheit vorzutäuschen und die Lage der Kommunen zu beklagen, wo er doch *selbst* für eine kommunalfeindliche Politik des Landes Verantwortung trägt. Sie durchschauen, wie er sich von den in Berlin beschlossenen schwarzgelben Steuerprivilegien zu Lasten der Städte und Gemeinden distanziert, nachdem er sie *selbst* als CDU-Vize und im Bundesrat mehrfach mitbeschlossen hat. Es ist an der Zeit, Lug und Trug zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn viele Menschen in NRW zur Wahl gehen, ist Schwarz-Gelb in Düsseldorf am Ende. Hannelore Kraft kann die schwarzgelben Steuerpläne und die Kopfpauschale im Bundesrat stoppen. Das Vertrauen in die Koalition sinkt. Ein Bündnis von SPD und Grünen mobilisiert neue Hoffnung. Die nordrhein-westfälische SPD ist bereit. Der Politikwechsel ist möglich. Wir kämpfen dafür, dass Hannelore Kraft Ministerpräsidentin von NordrheinWestfalen wird, gestützt auf eine rot-grüne Mehrheit im Landtag.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sozialdemokratie und Grüne haben eine gemeinsame Idee von der Modernisierung Deutschlands. Aus der Krise endlich die Lehren zu ziehen, gehört dazu. Wir wollen eine neue Wirtschaftspolitik und die Entwicklung eines nachhaltigen Wachstumsmodells. Gemeinsam mit den Grünen wollen wir die **Einrichtung einer Fortschritts-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages**, zu deren Aufgaben es zählt, über das BIP-Wachstum hinaus einen neuen „Fortschritts-Indikator“ zu entwickeln, der Umweltgüter, Gesundheit, Bildung, Qualität der Arbeit und soziale Sicherheit mit einbezieht.

Uneinsichtig präsentiert sich hingegen die FDP mit ihrem nochmals neu drapierten Steuermodell. Die **FDP-Steuerpolitik** will jetzt fünf statt drei Stufen im Tarif, sie will ihn 2012 statt 2011 einführen, und er soll 16 Milliarden statt 24 Milliarden Euro kosten. Dieser Rückzug auf Raten ist nicht glaubwürdig. Denn es bleibt bei der fundamentalen Verantwortungslosigkeit und Ungerechtigkeit der Pläne:

- Die Kommunen müssten weitere Steuerausfälle in Milliardenhöhe hinnehmen. Außerdem soll die Gewerbesteuer abgeschafft und den Kommunen damit die Haupteinnahmequelle weggenommen werden. Stattdessen will die FDP ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Westerwelle forderte im Interview gar Hebesatzrechte der Kommunen bei der Umsatzsteuer, aber da hat er sich wohl einmal wieder vergaloppiert. Fakt ist: Die FDP will das, was sie den Unternehmen erlässt, von den Bürgern zurückholen, durch kommunale Einkommenssteuererhöhungen. Hinzu kommen die steigenden Gebühren und Preise für kommunale Leistungen. Am Ende „weniger Netto“ für die meisten Menschen.
- Die Steuersenkungen nutzen den Besserverdienern in absoluter Steuerersparnis am meisten. Wer am meisten verdient, bekommt auch am meisten hinzu. Von den drohenden Gegenfinanzierungen durch Einschnitte und Belastungen an anderer Stelle jedoch sind Gering- und Durchschnittsverdiener am stärksten betroffen.
- Auch die Einführung einer Werbungskostenpauschale von 2 Prozent geht zu Lasten der Geringverdiener. Heute können sie einen Arbeitnehmerpauschbetrag von 920 Euro im Jahr geltend machen. Geht es nach der FDP, wird dieser Betrag erst ab einem Jahreseinkommen von 46.000 Euro erreicht. Wer darunter liegt, verliert Geld.
- Bei der Unternehmensbesteuerung will die FDP eine grenzüberschreitende Gewinn- und Verlustrechnung. Damit geht das bekannte Spiel der Steuerverlagerungen erst richtig los. Verluste werden steuermindernd in



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutschland geltend gemacht, hierzulande erzielte Gewinne aber im Ausland verrechnet. Die Steuerbasis erodiert.

Bei der Vorstellung des Steuerkonzepts hat der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der FDP Andreas Pinkwart ausdrücklich eingeräumt, dass zur Finanzierung dieses Konzepts die **Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit** gestrichen werden kann. Der Steuerexperte Hermann Otto Solms schlug vor, dafür das Elterngeld wieder abzuschaffen. All das zeigt, was Angela Merkels bestgehütetes Geheimnis ist: Nach der Landtagswahl in der NRW sollen andere Saiten aufgezogen werden. Dann geht es den Bürgerinnen und Bürgern ans Geld. Mit Vorlage der Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute vergangene Woche hat das Versteckspiel ein Ende. Die Aussicht einer nahezu stagnierenden Wirtschaft in 2010 und 2011 verheißt nichts Gutes für die Steuereinnahmen. In den ersten Monaten dieses Jahres waren sie erneut rückläufig. Die Institute warnen vor unverantwortlichen Steuersenkungen und sprechen bereits von den schärfsten Sparnotwendigkeiten in der bundesdeutschen Geschichte. Wir fordern Schwarz-Gelb auf: Sagt den Menschen heute, was ihr plant und wo gestrichen werden soll. Macht den unwürdigen Hütchenspielertricks ein Ende, die dem Bürger Gewinn versprechen, wo er am Ende sein Geld verliert. Wir geben in dieser Woche jedem Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit, ehrlich und offen zu zeigen, ob er die Steuerfreiheit der Zuschläge abschaffen will oder nicht. Unser Antrag zum Erhalt der steuerfreien Zuschläge für Polizisten, Krankenschwestern oder Industriearbeiter, die auf Nachtschicht gehen, wird namentlich abgestimmt.

Aus Afghanistan haben uns in den letzten Tagen bittere Nachrichten erreicht. Sieben Soldaten haben im Einsatz ihr Leben verloren, mehrere Soldaten wurden zum Teil schwer verletzt. Wir trauern um die Opfer und sind in Gedanken bei ihren Familien, Angehörigen und Freunden. Den Verletzten senden wir unsere besten Wünsche für eine baldige und vollständige Genesung.

Die Anschläge der vergangenen Tage haben uns allen einmal mehr auf schreckliche Art vor Augen geführt, wie gefährlich der Einsatz ist, in den wir unsere Soldatinnen und Soldaten entsandt haben. Jede und jeder Einzelne, der in Afghanistan im Einsatz ist, verdient unseren tiefen Dank und Respekt. Wir schulden den Soldatinnen und Soldaten jede Unterstützung, die wir ihnen geben können. Wir dürfen und wir wollen angesichts solcher Ereignisse nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Wir wissen bereits seit einigen Monaten, dass sich die Sicherheitslage vor allem in der Region um Kunduz dramatisch verschärft hat. Darum und weil dieser Einsatz nicht ewig weiter gehen kann, haben wir zu Beginn des Jahres eine neue Strategie für das weitere deutsche Engagement in Afghanistan entwickelt und eine konkrete Abzugsperspektive



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

angemahnt. Der Abzug muss im kommenden Jahr beginnen. Und er muss im Zeitfenster zwischen 2013 und 2015 beendet werden. Damit dieses Ziel erreicht wird, müssen wir sehr genau beobachten, wie sich die Lage weiter entwickelt und ob die Weichen von der Bundesregierung richtig gestellt wurden. Deshalb hat unser Fraktionsvorsitzender bei der Verabschiedung des ISAFMandats Ende Februar gefordert, eine unabhängige Evaluation des AfghanistanEinsatzes in Auftrag zu geben. Wir haben CDU/CSU, FDP und Grünen hierzu Ende März einen ersten konkreten Vorschlag unterbreitet, über den jetzt zu reden sein wird.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland hat seit Mitte der 1990er Jahre deutlich zugenommen. Von Niedriglöhnen sind zwar insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen betroffen, aber auch unter den Vollzeitbeschäftigten arbeitet inzwischen jede/r Siebte für einen Niedriglohn. Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig, um das Lohnspektrum insgesamt nach unten zu begrenzen. Er ist insbesondere wichtig für Bereiche, in denen die Tarifvertragsparteien nicht präsent oder zu schwach sind, um angemessene Löhne zu vereinbaren.

Mit unserem Antrag „Gesetzlichen Mindestlohn einführen - Armutslöhne verhindern“ setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn können gerechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland gewährleistet werden. Lohndumping muss flächendeckend verhindert werden. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll künftig einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung haben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können.

Ein gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland muss existenzsichernd sein. Über die Höhe eines gesetzlichen Mindestlohnes sollte nicht das Parlament entscheiden. Im Einvernehmen mit den Tarifparteien ist eine unabhängige Kommission einzusetzen. Diese soll regelmäßig über die Einkommensentwicklung im unteren Bereich berichten und eine Empfehlung aussprechen. Die endgültige Festsetzung des Mindestlohnes soll dann durch das BMAS erfolgen. Durch die Berufung von Vertreterinnen und Vertretern aus Kreisen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie der Wissenschaft in die Kommission wird eine ausgewogene Berücksichtigung der für die Entscheidung erforderlichen Aspekte gewährleistet. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist bislang auf einzelne Branchen beschränkt. Diese Beschränkung soll aufgehoben und damit für alle Branchen die Möglichkeit eröffnet werden, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu machen.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Wir wollen eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Hierzu wird in dieser Woche unser Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ abschließend im Bundestag beraten. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch die Kurzarbeit verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bereits Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen spürbar zurückführen werden. Seit dem 1. Januar 2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten. Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen weiterhin die Kostenübernahme durch die Bundesagentur für Arbeit, um diese Betriebe zu stützen.

Ferner wollten wir die Verlängerung folgender Regelungen:

- erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen, mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung

Wir haben der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in unserem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ ein eigenes Konzept entgegengestellt. Dieser wird in dieser Woche vom Bundestag abschließend beraten.

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden.

Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe.

Unser Hauptaugenmerk liegt darauf, neue Investitionsimpulse zu geben. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können. Unsere Hauptforderungen sind:

- **Private und öffentliche Investitionen** müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Wir brauchen einen **Impuls bei den Bildungsinvestitionen** in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte **Stärkung der Binnenwirtschaft** zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur **Stabilisierung der Finanzmärkte** sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. **Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen.** Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die **Kreditversorgung der Wirtschaft** von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und **ökologischen Industriepolitik** voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit steuerfrei lassen

Der Bundestag berät in dieser Woche abschließend über unseren Antrag „Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten“. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, auf ungedeckte Steuersenkungen zu verzichten und eine eindeutige Zusicherung zu geben, dass die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten bleibt.

Bei der Frage, wie Steuersenkungen in Zeiten hoher Verschuldung zu bezahlen sind, wird immer wieder die Streichung der Steuerfreiheit der Sonn- und Feiertags- sowie der Nachtzuschläge ins Gespräch gebracht. Eine solche Forderung richtet sich vor allem gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter erschwerten Bedingungen Schicht- und Wochenendarbeit leisten müssen. Eine Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge hätte für weite Teile der Beschäftigten empfindliche Einkommenseinbußen von insgesamt über 2 Milliarden Euro zur Folge. Besondere Brisanz erhält diese Forderung durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition. In der Vergangenheit haben sich CDU, CSU und FDP immer wieder für die Streichung der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge ausgesprochen. Die FDP hat bei ihrem in der letzten Woche



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

vorgestellten Konzept erneut angekündigt, Steuervergünstigungen in der Breite abzubauen. Dazu gehört dann auch eine der wichtigsten Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer, nämlich die Steuerfreiheit der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge. Bei einer Streichung oder Einschränkung würden Schichtarbeiter, Krankenschwestern und Polizisten die Steuergeschenke für die Reichen bezahlen.

Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung ist eine Straftat. Nach geltendem Recht verzichtet der deutsche Staat allerdings auf eine Bestrafung, soweit der Täter der Finanzbehörde vor der Entdeckung der Steuerhinterziehung von sich aus nachträglich die zutreffenden Besteuerungsgrundlagen mitteilt und die verkürzten Steuern entrichtet. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass diese Regelung in der Abgabenordnung (AO) keinen Rückgang der Steuerhinterziehung bewirkt, sondern letztlich nur den Täter vor Bestrafung bewahrt. Dies verletzt zunehmend das Rechtsempfinden der steuerehrlichen Bürgerinnen und Bürger, zumal Täter selbst in Fällen langjähriger und gravierender Steuerverkürzung bei Selbstanzeige straffrei werden. Die schwarz-gelbe Koalition ist auch bei diesem Thema zerrissen. Seit dem jüngsten Erwerb von Daten aus der Schweiz über mutmaßliche Steuerstraftäter gibt es mehr als 13.000 Selbstanzeigen. Das Meinungsbild reicht vom Vorschlag, den Datenkauf gesetzlich zu verbieten, bis zur Forderung nach Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige. Während der Bundesfinanzminister den geltenden § 371 AO verteidigt, fordern Finanzpolitiker der Unionsfraktion dessen Verschärfung. Wir wollen jetzt die notwendige Konsequenz ziehen. Der Staat darf sich nicht weiterhin damit begnügen, hinterzogene Steuern verspätet zu erhalten. Ziel unseres Gesetzentwurfes ist die Aufhebung des § 371 AO, wodurch künftig die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung entfallen würde. Das Inkrafttreten der Rechtsänderung erst zum 1. Januar 2011 setzt Tätern eine letzte Frist für eine Rückkehr zur Steuerehrlichkeit ohne Bestrafung.

Für eine effektivere Arzneimittelversorgung

Die gesetzliche Krankenversicherung ist in einer schwierigen finanziellen Lage. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist das dynamische Wachstum der



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Arzneimittelausgaben. Es muss unverzüglich gehandelt werden, um die Qualität der Arzneimittelversorgung zu erhöhen und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Allerdings hat die Bundesregierung bislang keinerlei Initiativen ergriffen. Stattdessen wartet Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler auf Vorschläge der pharmazeutischen Industrie zur Begrenzung ihrer eigenen Gewinne. Mit unserem Antrag für eine „Effektivere Arzneimittelversorgung“ legen wir konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Situation vor. Die Qualität der Arzneimittelversorgung muss erhöht und gleichzeitig ihre Wirtschaftlichkeit verbessert werden, damit die Krankenkassen keine Zusatzbeiträge erheben müssen.

Wir fordern daher, dass der Herstellerrabatt, den pharmazeutische Unternehmer den gesetzlichen Krankenkassen gewähren müssen, mit sofortiger Wirkung von 6 auf 16 Prozent angehoben wird. Gleichzeitig soll ein Preismoratorium eingeführt werden. Die Rabatte des Großhandels an Apotheker müssen abgeschöpft werden durch die Festsetzung eines fixen Großhandelszuschlags in der Arzneimittelpreisverordnung. Für jedes neue Arzneimittel muss seine Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden, um neben der arzneimittelrechtlichen Zulassung auch seine Erstattungsfähigkeit durch die gesetzliche Krankenversicherung zu erhalten. Das finanzielle Risiko bei der Anwendung innovativer Krebstherapien wird zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern geteilt. Darüber hinaus soll der Gemeinsame Bundesausschuss eine Liste aller Arzneimittel erstellen, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden können.

Neues SWIFT-Abkommen nur noch nach europäischen Grundrechts- und Datenschutzmaßstäben

Am 30. November 2009 unterzeichneten die Justiz- und Innenminister der Europäischen Union (EU) das so genannte SWIFT-Abkommen. Es sollte der Übermittlung von Zahlungsverkehrsdaten an die USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus dienen. Nach der Unterzeichnung konnte es ab dem 1. Februar 2010 bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig angewendet werden. Für das Inkrafttreten des Abkommens war jedoch die Zustimmung des Europäischen Parlamentes (EP) erforderlich. Dieses verweigerte das EP in seiner Abstimmung am 11. Februar 2010, wodurch die vorläufige Anwendung beendet werden musste.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nun soll zwischen der EU und den USA ein neues Abkommen ausgehandelt werden. Am 24. März 2010 hat die Europäische Kommission einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat vorgelegt. Für die anstehenden Verhandlungen gilt: Der Staat muss die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger schützen. Doch muss er dabei grundrechtliche und menschenrechtliche Garantien beachten – also insbesondere den Datenschutz. Wir fordern die Bundesregierung daher mit unserem Antrag auf, dass sie ihre Zustimmung zum Verhandlungsmandat wie auch zu einem Abkommen davon abhängig macht, dass die Regelungen datenschutzrechtlichen Maßstäben genügen. Wir fordern unter anderem Transparenz, Rechtsschutz, eine genaue und abschließende Begrenzung nach Art und Umfang der zu übermittelnden Daten, das Verbot der Übermittlung an Drittstaaten sowie Löschungs- und Berichtigungsansprüche. Außerdem muss der Ratifizierungsbedarf geklärt und der Bundestag fortlaufend unterrichtet werden. Dies gilt auch für die weiteren Verhandlungen. Das Abkommen und eventuelle Anhänge sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Sicherheit im Schienenverkehr

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag „Gewährleistung der Sicherheit im Schienenverkehr muss Priorität haben“ dazu auf, ein dauerhaftes und dynamisches Sicherheitskonzept für den unverzichtbaren Verkehrsträger Schiene vorzulegen. Der Bund soll als Eigentümer der Deutschen Bahn (DB AG) unter anderem dafür Sorge tragen, dass die Schließungen von Werkstätten und Instandhaltungswerken noch einmal überprüft werden und dass die DB AG bei ihren Zügen die vorgegebenen Wartungsintervalle und Sicherheitsbestimmungen konsequent einhält. Die DB AG muss technische Probleme und Vorfälle unverzüglich dem Eisenbahnbundesamt melden und darf Verträge mit der Bahnindustrie in Zukunft nur noch mit ausreichend langen Garantiezeiten abschließen. Außerdem sollen die Fahrgastrechte weiter optimiert werden. Auch sind Maßnahmen zu ergreifen, damit bestehende Vorschriften und Dienstanweisungen im Umgang mit Fahrgästen auch eingehalten werden (z.B. Verbot des Aussetzens von Minderjährigen) und dass bei Zuwiderhandlungen bestraft werden. Die Sicherheit der Fahrgäste im Schienenverkehr und der



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Anwohner an Bahnstrecken hat oberste Priorität! Eine ausgeprägte Sicherheitsphilosophie ist für den gesamten Verkehrsträger Schiene von existenzieller Bedeutung. Sicherheit und Vorsorge müssen an erster Stelle stehen und dürfen nicht durch kurzfristige Kapitalmarktinteressen gefährdet werden. Deshalb muss auch der Sicherheitsbegriff im Schienenverkehr ausgeweitet und neu definiert werden.

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

In dieser Woche berät der Bundestag abschließend über unseren Antrag „Vorschlag der spanischen Regierung für die Änderung der Verträge in Bezug auf die Übergangsmaßnahmen betreffend die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments – Herstellung des Einvernehmens über die Aufnahme von Verhandlungen über Vertragsveränderungen gemäß 48 EUV“. Dieser Antrag betrifft die Vergrößerung der Sitzanzahl im EP für die laufende Legislaturperiode von 736 auf 754 Sitze. Im Gespräch ist, dass Länder, denen mehr Sitze zustehen, für deren Besetzung Personen aus den nationalen Parlamenten delegieren können sollen. Wir sprechen uns eindeutig gegen diese Vorgehensweise aus, weil dies dem Grundsatz widerspricht, dass Mitglieder des EP in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl gewählt werden. In diesem Fall muss die Regierung das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag herstellen. Das entspricht der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Lissabon-Vertrag und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Dies wollen wir mit unserem Antrag noch einmal unterstreichen.

Sport in Europa voranbringen

Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen des ersten formellen EU-Sportministertreffens am 10. Mai 2010 umfassende Maßnahmen zur Förderung des Sports auf europäischer Ebene zu initiieren. Während der Sport, seine Organisationsstrukturen und Regeln schon seit langem internationalisiert sind, sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen, in denen sich der Sport bewegt, bislang weitestgehend durch nationale Regelungen definiert. Dies ist gerade vor dem



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hintergrund der engen Vernetzung des Sportes, besonders in der Europäischen Union, schwer nachzuvollziehen.

Das erste formelle EU-Sportministertreffen muss dazu genutzt werden, die Kompetenzen, die sich für die EU aus dem Artikel 165 des Vertrages von Lissabon ergeben, von Beginn an im Sinne und zum Wohle des Sports zu gestalten.

Schwerpunkte sollen sowohl in der Förderung des Breitensports und der ehrenamtlichen Strukturen als auch in der Unterstützung des Spitzensports gesetzt werden. Ein EU-Sportförderprogramm soll aufgelegt, der Sport in bestehenden Programmen weitergehend integriert werden. Gefahren, die sich für den Sport u. a. durch Doping und Manipulation ergeben, soll auf europäischer Ebene entschieden entgegen getreten werden. Europäische Regelungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten des Sports tangieren, sollen die Besonderheiten des Sportsystems berücksichtigen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Aktuelles Thema

Wirtschaft in Deutschland – Gefahr der Stagnation

Das Versteckspiel hat ein Ende

Monatelang hat die schwarz-gelbe Koalition auf die angeblich fehlenden Eckwerte der wirtschaftlichen Entwicklung verwiesen. Monatelang hat sich die Bundesregierung einer klaren und realistischen wirtschafts- und finanzpolitischen Planung verweigert oder hat ihre Planungen, wenn es sie denn gibt, vor Parlament und Öffentlichkeit verborgen. Nach dem schärfsten Wachstumseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik im Jahr 2009 mit - 5 Prozent der Wirtschaftsleistung blieb die Regierung Merkel jede Antwort schuldig, wie bei Rekordverschuldung die Konsolidierung der Haushalte, die Finanzierung von massiven Steuersenkungen und der Kopfpauschale im Gesundheitssystem gelingen soll. Welche Einschnitte und Mehrbelastungen kommen auf welche Gruppen der Gesellschaft zu, um die Entlastung hoher Einkommen durch die schwarz-gelben Steuerpläne zu bezahlen? Die lapidare Auskunft Merkels lautete stets: Wir warten die Steuerschätzung Anfang Mai 2010 ab. Dieses Versteckspiel hat jetzt ein Ende.

Das Frühjahrsgutachten: Kein Raum für Illusionen

Die am 15. April vorlegte Gemeinschaftsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute spricht eine deutliche Sprache. Die vorgelegten Zahlen gehen in die Wachstumserwartungen ein, die wiederum Grundlage der Steuerschätzung sind. Zwar wird eine vorsichtige konjunkturelle Stabilisierung angekündigt. Der Arbeitsmarkt bleibt relativ stabil. Aber die prognostizierte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent in 2010 und 1,4 Prozent in 2011 bedeutet Stagnation. Hinzu kommen nach Auskunft der Forscher die Risiken der Weltkonjunktur, der Schuldenkrise im Euroraum, des Bankensektors und der Kreditversorgung



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

der Unternehmen. Die jetzige Prognose liegt noch unter den Erwartungen der Bundesregierung vom Herbst vergangenen Jahres. Vor diesem Hintergrund sprechen die Institute von dramatischen Defiziten und halten Einschnitte für erforderlich, wie es sie „in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat“.

Verunsicherung durch Schwarz-Gelb

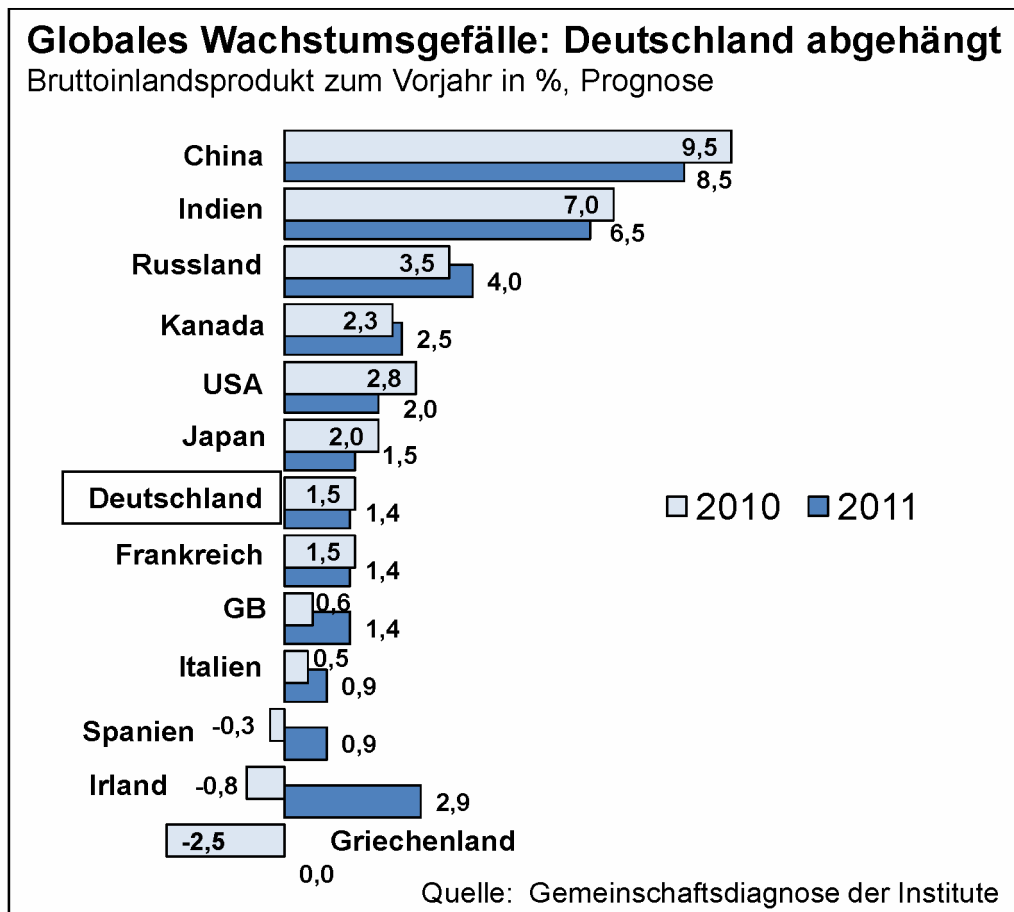
Noch weigert sich Merkel, die Gefahren anzuerkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das Frühjahrsgutachten ist ehrlicher: Für Steuersenkungen sieht es keinen Spielraum. Es sei „unrealistisch, derzeit Steuersenkungen zu erwägen“. Union und FDP aber halten an schuldenfinanzierten Steuersenkungen und neuen Steuerprivilegien für Klientelgruppen fest. Dazu schreibt das DIW in seiner Prognose vom 29. März: „Die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist kritisch zu bewerten: Steuerreform, Gesundheitsreform und Einhaltung der Schuldenbremse ab 2016“ seien als Ganzes betrachtet „nicht gleichzeitig realisierbar. Diese Widersprüchlichkeit in der Wirtschaftspolitik kann erheblich zur Verunsicherung der privaten Haushalte und der Unternehmen beitragen.“

Fazit: Bei Schwarz-Gelb weiß niemand, was kommt. Vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wird ein sehr gezielter Betrug am Wähler betrieben. Nach dem 9. Mai droht ein massiver Wechsel des Szenarios mit Milliardeneinschnitten bei Arbeitslosen oder einer Abschaffung der Steuerbefreiung von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. FDP-Steuerexperte Hermann Otto Solms stellt nun auch das Elterngeld in Frage, um seinen Stufentarif zu finanzieren, und erhält Presseberichten zufolge anonymen Beifall aus der Union.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

1. Wachstum: Aus der Krise in die Stagnation?



Die deutsche Wirtschaft ist nach einer leichten Erholung aufgrund konjunktureller Maßnahmen zur Jahresmitte 2009 – trotz Krise konnte der private Verbrauch leicht zulegen – im vergangenen halben Jahr nicht mehr gewachsen. Im letzten Quartal 2009 und im ersten Quartal 2010 gab es Nullwachstum (DIW, 29.03.2010 und ifw Kiel, 10.03.2010). Konjunkturforscher sprechen von Stagnation und von einer insgesamt fragilen, störungsanfälligen Lage.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Das **DIW** prognostiziert erst ab 2012 ein Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus, was in der Summe mehr als drei Jahren Nullwachstum entspricht.
- Das **KfW-ifo-Mittelstandsbarometer** (8.03.2010) verzeichnet eine Verschlechterung des mittelständischen Geschäftsklimas und verweist auf eine schwache und störungsanfällige Entwicklung.
- Das **ifw Kiel** spricht von einer schwachen konjunkturellen Grundtendenz ohne Aussicht, den Produktionseinbruch in kürzerer Zeit wettzumachen.
- Das **RWI** (17.03.2010) sieht die Erholung ins Stocken geraten, erwartet eine zögerliche Belebung mit hohen Defizitquoten des Staates.
- Der **OECD-Deutschlandbericht** (März 2010) sieht die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen in Gefahr, rechnet erst auf mittlere Sicht damit, dass das Produktionsniveau vor der Krise erreicht wird und dass die Arbeitslosigkeit der Tendenz nach steigt.
- Das **HWWI** (3.03.2010) sieht bisherige Stabilisierungstendenzen vor allem durch staatliche Konjunkturprogramme getragen.
- **Deutsche Bank Research** (25.03.2010) sagt voraus, dass, wenn die expansiven Effekte der Fiskalpolitik Ende 2010 auslaufen, auch das Wachstum des BIP wieder nachlässt und 2011 unter den Wert des Vorjahres zurückgeht.

Beschleunigung der Insolvenzen

Die Firmenpleiten als nachlaufender Konjunkturindikator nehmen trotz leichter Entspannung zu. Mit Ausnahme der Kfz-Industrie, die von den Konjunkturprogrammen gestützt wurde, beschleunigen sich die Insolvenzen: Nach 16 Prozent in 2009 auf 20 Prozent in 2010 (Deutsche Bank Research). Das damit verbundene Risiko steigender Arbeitslosigkeit bleibt bestehen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kapazitätsauslastung gering, Lohnstückkosten steigen

Die Auftragslage der Betriebe hat sich gebessert, doch die Kapazitätsauslastung liegt noch immer 10-Prozent-Punkte unter dem Durchschnitt (Deutsche Bank Research). Die Auftragseingänge der Industrie liegen im ersten Quartal 2010 um 20 Prozent unter dem Niveau von 2008. Dadurch steigen die Produktionskosten. Die Lohnstückkosten sind 2009 um 5,2 Prozent gestiegen und gehen laut Frühjahrsprognose auch in 2010 (-0,6 Prozent) und in 2011 (-0,2 Prozent) nicht spürbar wieder zurück. Ziehen Aufträge und Auslastung nicht stärker an, stellt sich trotz Kurzarbeit für viele Betriebe die Frage, ob sie ihre Beschäftigten noch länger halten können. Es fehlen Impulse, die Uhr tickt.

Impulse von außen, aber Inlandsnachfrage sinkt

Der deutsche Export ist 2009 um 15 Prozent eingebrochen. Einhellige Meinung der Institute ist jetzt, dass im Status-quo-Szenario Beiträge zur Erholung der deutschen Wirtschaft durch die wieder anziehende Auslandsnachfrage kommen – und zwar ausschließlich. Die Inlandsnachfrage sinkt 2010 wieder ab. Der private Konsum ist schwach. Die Investitionstätigkeit der Kommunen ist akut gefährdet und damit auch die Auftragslage vieler mittelständischer Unternehmen.

Effekt der schwarz-gelben Steuerpolitik gleich Null

Im Spiegel der Wirtschaftsforschungsinstitute wird klar: Die Erwartungen an konjunkturelle Wirkungen der schwarz-gelben Steuersenkungen sind gleich Null. Im Gegenteil entstehen durch staatliche Einnahmeausfälle, durch hohe Defizite und zurückgehende öffentliche Investitionen Negativeffekte, die das Risiko der Stagnation verstärken.



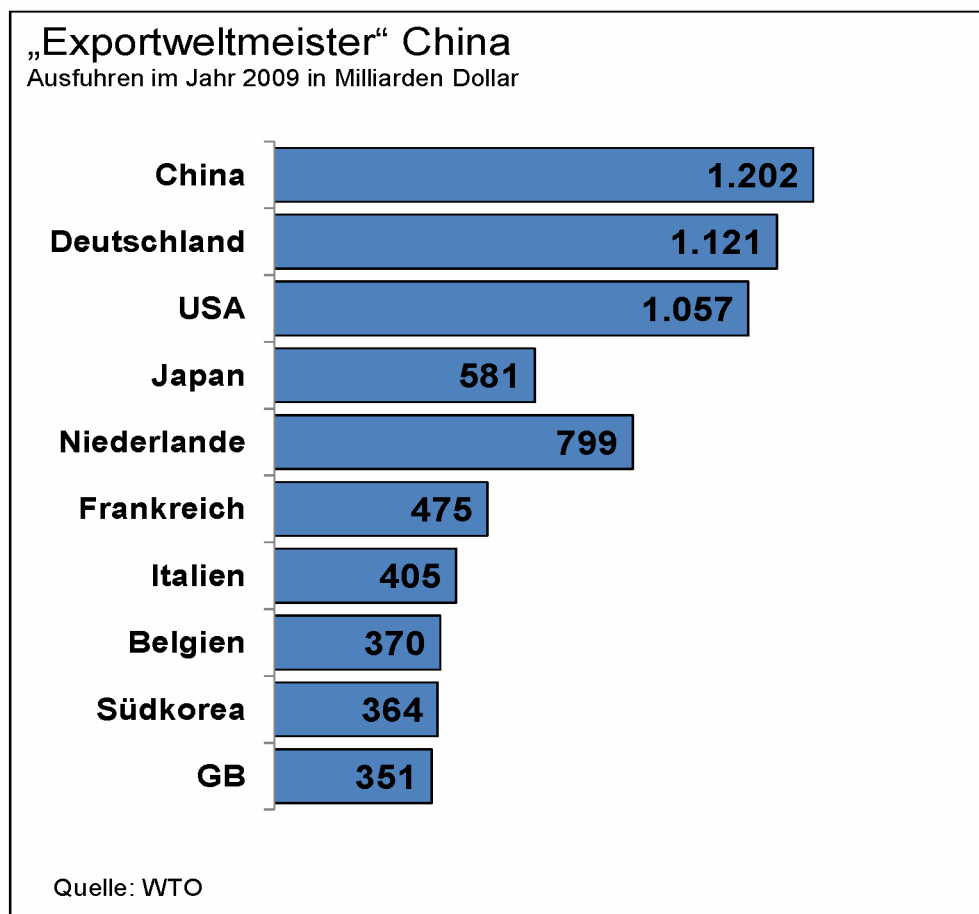
Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Geht Deutschland geschwächt aus der Krise?

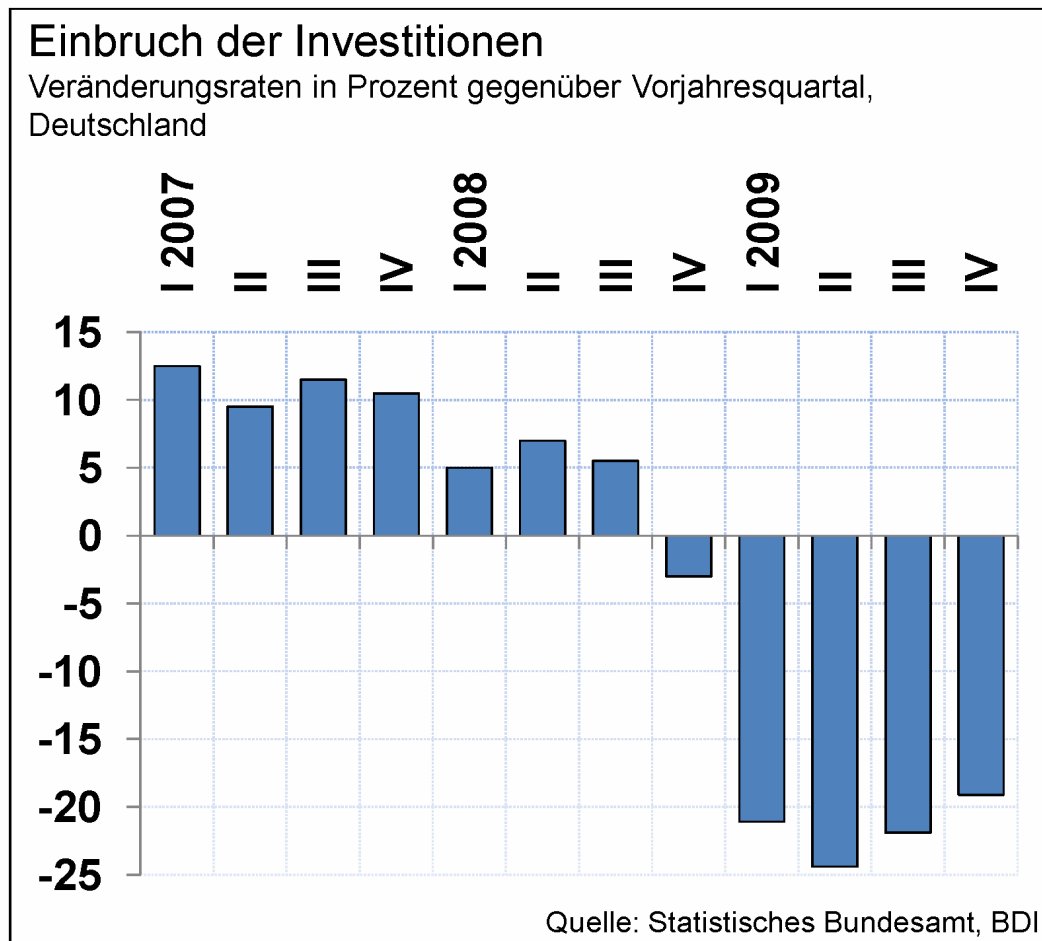
Deutschland profitiert über den Export vom stark anziehenden Wachstum in anderen Ländern. Doch das globale Gefälle verstärkt sich: Deutlich wird, dass Deutschland und Europa nicht gestärkt, sondern geschwächt aus der Wirtschaftskrise hervorzugehen drohen. Es zeichnet sich eine Strukturverschiebung durch die Krise ab: Während Asien durchstartet und Nordamerika sich erholt, bleiben Deutschland und Europa zurück. Chinas Wirtschaft wächst im ersten Quartal 2010 um 12 Prozent und erwartet im Gesamtjahr ein Wachstum von 9,5 Prozent. Asiens Lauf ist vor allem auf die Expansion des produzierenden Gewerbes gegründet, auch zu Lasten Europas. Die chinesische Industrie legt um 20 Prozent zu, die Ausrüstungsinvestitionen wachsen um 26 Prozent.





Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Investitionen: Nach dem Einbruch keine neue Dynamik

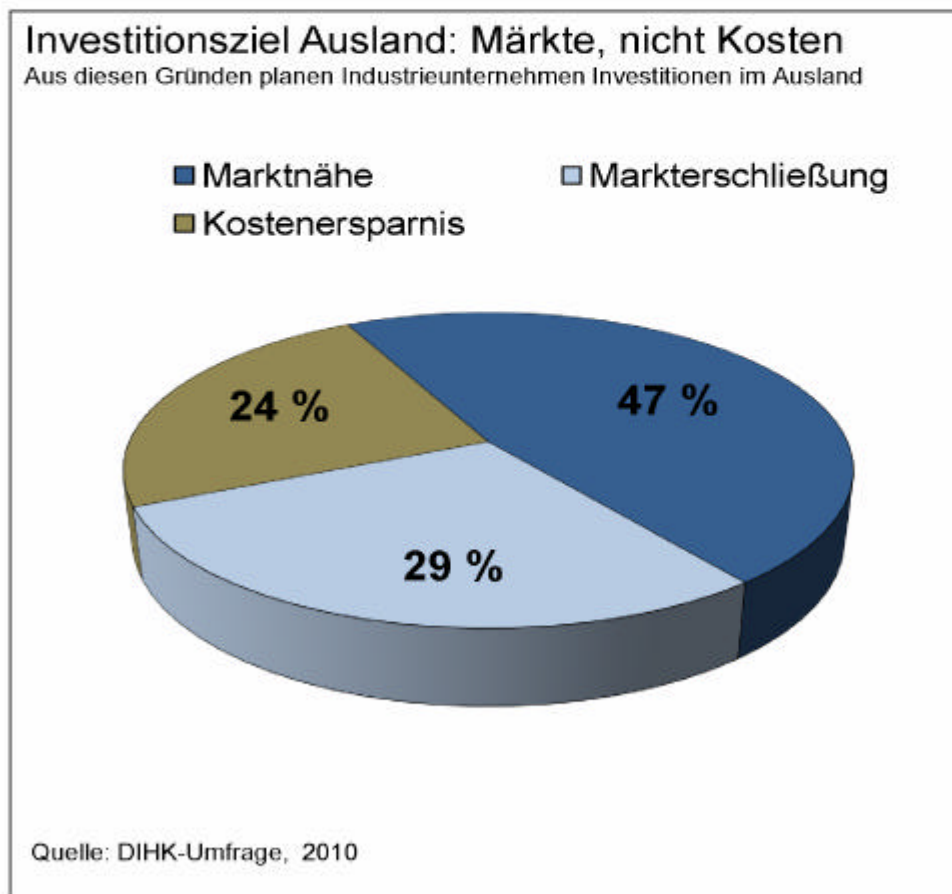


Die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland sind 2009 mit einem Minus von 20 Prozent erdrutschartig eingebrochen. Auch für 2010 wird nur eine leichte Erholung von 2,8 Prozent prognostiziert (Deutsche Bank Research). Damit stehen auch bei diesem zentralen Indikator für die Innovationskraft der Industrie die Zeichen auf Stagnation. Diese Investitionen haben strategische Bedeutung für die Frage, ob Deutschland auf den Leitmärkten der Zukunft erfolgreich sein und zum Ausrüster der Welt bei neuen Technologien der Energieeffizienz, des Klimaschutzes und der Erneuerbaren Energien werden kann. Was aber infolge der Krise verloren geht, kommt auch nach der Stabilisierung nicht mehr wieder. Autohersteller richten ihren Blick bei der



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Entwicklung der Elektromobilität nach Asien. Auch die chemische Industrie, nach der Autoindustrie der größte gewerbliche Investor in Deutschland und mit ihren Materialinnovationen und Systemlösungen für die Umwelt- und Effizienztechnologie von entscheidender Bedeutung, zielt mit ihren strategischen Investitionen derzeit vor allem auf die expandierenden Märkte in Asien und Lateinamerika. Deutsche Standorte drohen zurückzufallen. Auch in kleinen dynamischen Branchen wie der Photovoltaik gibt es Meldungen von einer Verlagerung der Produktion nach China.



44 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland planen derzeit Investitionen im Ausland. Damit nimmt das Auslandsengagement gegenüber



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

dem Jahr 2009 deutlich zu. Als besonderer Magnet erweist sich neben Europa der Zukunftsmarkt China. 30 bis 42 Prozent der befragten Firmenchefs bezeichnen diese Regionen als bevorzugte Investitionsziele. Dabei sind es nicht die Kosten am Standort Deutschland, die den Ausschlag geben, sondern Nähe und Durchdringung von Märkten mit großem Potenzial.

Gelingt es nicht, Deutschland und den europäischen Binnenmarkt zu einem dynamischen Leitmarkt für die Entwicklung, aber auch den Masseneinsatz innovativer Technologien zu machen, werden die Produktions- und Innovationskapazitäten abwandern. Vor allem braucht es jetzt Investitionsimpulse mit Hebelwirkung auf die private Wirtschaft, um den Innovationsprozess zu beschleunigen und die Gefahr einer lang anhaltenden Stagnation der deutschen Wirtschaft abzuwenden. Wer jetzt auf den Leitmärkten der Zukunft stagniert, fällt in einer entscheidenden Zeit unwiderruflich zurück.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



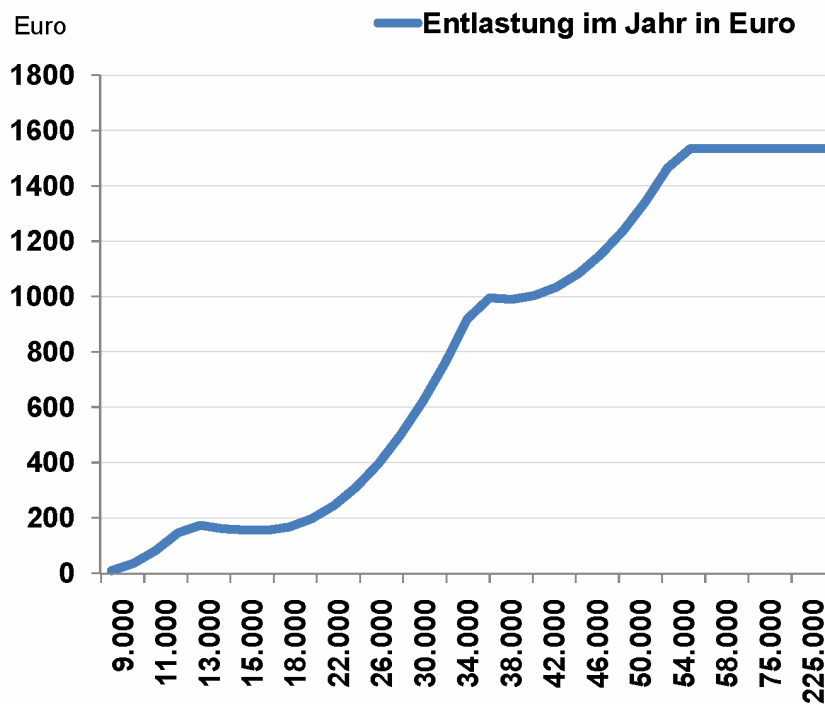
Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

IV.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Wer viel hat, bekommt am meisten

Steuerentlastung des FDP-Vorschlags gegenüber dem bestehenden Steuertarif nach Jahreseinkommen



Quelle: Bund der Steuerzahler

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler und des Essener Wirtschaftsforschungsinstitutes RWI werden die Steuervorschläge der FDP nicht dazu führen, die unteren und mittleren Einkommen vorrangig zu entlasten. Die Tabelle der Steuerersparnis nach Jahreseinkommen ergibt ein ganz anderes Bild: Wohlhabende profitieren am meisten. Damit setzt die FDP ihre Klientelpolitik für Besserverdiener fort. Hinzu kommt: Wer viel hat, den treffen die drohenden Gegenfinanzierungen und Kürzungen bei Sozialleistungen sowie steigende Abgaben und Gebühren am wenigsten.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Atomkraft abschalten

**Streckenverlauf der
Anti-Atomdemonstration
KETTENreAKTION
am 24.04.10**

AKW Brunsbüttel
mit Menschen aus Nord- und West-Schleswig-Holstein, Dänemark

AKW Brokdorf
mit Menschen aus Raum Braunschweig/Göttingen, Lüneburger

Elmshorn
mit Menschen aus Raum Hannover, Berlin, Brandenburg, Bayern und Polen

Glückstadt
mit Menschen aus West-Niedersachsen, Bismarck-Raum, Kiel/Neumünster

Uetersen
mit Menschen aus Ostholstein, Raum Lübeck, Mecklenburg-Vorpommern

Schenefeld
mit Menschen von Wedel/ble, Nordenstedt, Kreis Segeberg

Pinneberg
mit Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Hamburg
mit Menschen aus Hamburg

Geesthacht
mit Menschen aus Nordost-Niedersachsen, Kreis Lauenburg

AKW Krümmel
mit Menschen aus der Altmark, dem Wendland und Lübeck/Luxemburg

mehr Info unter:
www.anti-atom-kette.de

Am Samstag, den 24. April 2010, wird es unter dem Motto "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" eine große Aktions- und Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel und durch Hamburg geben. Zigtausende werden auf ca. 120 Kilometern ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende setzen. Die SPD beteiligt sich an dieser Aktion. Die Pannreaktoren Krümmel und Brunsbüttel vor der Haustür Hamburgs dürfen nicht wieder ans Netz gehen. Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Anfang Mai werden die Schwarz-Gelben die Atomkonzerne mit Milliarden-Geschenken überhäufen – zu Lasten der Sicherheit. Wir fordern: Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden. Die Alternativen sind längst da, sie müssen nur durchgesetzt werden. Die Zukunft ist erneuerbar – im Dreiklang von Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Energieeffizienz.

© Planungsgruppe